

Es gilt das gesprochene Wort.

Über die grüne Grenze
Vortrag von Boris Palmer, Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen

Budapest, 5. September 2023

„Heute bin ich Bürgermeister. Vor acht Jahren musste ich mich einem Überlebenskampf stellen. Im Jahr 2015 stand ich wie viele Menschen meiner Generation in Syrien vor einem Dilemma: Entweder musste ich den Kriegsdienst leisten und mich somit gezwungenermaßen zugunsten einer Kriegspartei im Krieg verheizen lassen – oder das Land verlassen und mich einem ungewissen Schicksal hingeben. Bedingungslos habe ich mich diesem Schicksal hingegeben und mich auf den Fluchtweg begeben. Heimat, Familie, Freunde, Studium und Zukunft waren irgendwie selbstverständlich, sind immer da gewesen. Doch plötzlich wacht man auf der kalten, dunkeln Flucht auf und realisiert: Alles, was selbstverständlich war, ist nicht mehr da! Doch eines war klar, ich musste Verantwortung übernehmen. Verantwortung für mich und meine Umgebung. Seitdem ist mein Tun und Handeln von dieser Maxime dominiert: Verantwortung. Es musste keine lange Zeit vergehen, bis ich realisierte: Von diesem Moment an hatte sich alles geändert, das war der Wendepunkt, ab da beginnt für mich eine neue Zeitrechnung. Nach einer mehrere Wochen dauernden Flucht, in der es von der einen Not- zur anderen Sammelunterkunft ging, landete ich bei den Schwaben.“

Der Bürgermeister, den ich hier zu Wort kommen ließ, ist erst 29 Jahre alt. Er war 21 Jahre jung, als er sich aus Syrien über die Ägäis und den Balkan nach Deutschland durchschlug, im geschichtsträchtigen Herbst 2015. Kaum angekommen, lernte er eifrig unsere Sprache, begann eine Verwaltungsausbildung, die er als Jahrgangsbester abschloss, und wurde dann in einem urschwäbischen Dorf namens Ostelsheim von der Mehrheit der Bürger in diesem Frühjahr zum Bürgermeister gewählt.

Ich berichte Ihnen von diesem Lebensweg, weil er nicht durch Ungarn führte. Wenn es nach der ungarischen Politik ginge, hätte ihm ein Zaun den Weg nach Europa versperrt. Er wäre auch nicht eingelassen worden, um seine Fluchtgründe zu prüfen. Ryyan Alshebl hätte sich entweder einkerkern lassen müssen oder als Soldat gegen seine Überzeugung auf seine eigenen Landsleute schießen. Und Ostelsheim hätte vielleicht einen weniger kompetenten Bürgermeister. Denn immer mehr kleine Gemeinden finden gar niemanden mehr, der diese anstrengende und tagfüllende Arbeit übernehmen will. Es fehlt in Deutschland überall an qualifizierten und engagierten Fachkräften wie Ryyan Alshebl. Ich richte also zu Beginn meines Vortrags die Frage an Sie: Könnte es sein, dass auch an der ungarischen Asylpolitik nicht alles richtig ist?

Ich möchte versuchen, heute mit Ihnen Fragen dieser Art zu formulieren. Denn ich glaube, dass ein Dialog, ein echter Austausch von Gedanken, besser funktioniert, wenn man Fragen stellt und nicht vom hohen Podest eigener moralischer Gewissheit predigt, um den Zuhörern die eigenen Überzeugungen aufzudrängen. Das gilt ganz besonders, wenn man einen Dialog zwischen zwei Gesellschaften sucht, die oft gegensätzliche Auffassungen vertreten. Dialog ist selbstverständlich auch nicht, wenn man in der eigenen Kirche predigt, also das sagt, was die Zuhörer sowieso schon glauben und gerne hören wollen. Ich hoffe, die Einladung zu dieser Veranstaltung hat diese Absicht nicht verfolgt. Sonst müsste ich Sie leider enttäuschen.

Als in Deutschland vor einer Woche bekannt wurde, dass ich hier sprechen werde, fegte einer dieser mittlerweile typischen Empörungstürme durch die Internetmedien. Die Nachrichtenagentur dpa ließ sich von mir bestätigen, dass ich am MCC auftrete. Dann suchte sie sich Politiker, die das möglichst scharf verurteilen, und im Anschluss wurde den Lesern erklärt, warum dieses Collegium als Gesprächspartner gemieden werden soll. Ich zitiere das am besten wörtlich:

„Tübingen/Budapest – Boris Palmer zieht mal wieder Kritik auf sich. Der Grund: Tübingens Bürgermeister plant, am 5. September nach Budapest zu reisen und im dortigen Mathias-Corvinus-Collegium (MCC) einen Vortrag zu halten. Die Bildungseinrichtung und Denkfabrik ist eng mit der rechtspopulistischen Regierung von Viktor Orbán verbunden. Das MCC importiert unter anderem Ideen ultrarechter Publizistinnen und Publizisten aus den USA, deren Schriften es in ungarischer Übersetzung veröffentlicht. Zugleich arbeitet es an der internationalen Vernetzung rechtskonservativer und ultrarechter Bewegungen. Nicolas Fink, Fraktionsvize und europapolitischer Sprecher der Landtags-SPD, warf Palmer ‚Anbiederung bei der äußersten Rechten‘ vor: ‚Versuche der Spaltung sind das Letzte, was in Europa in diesen Tagen braucht. Wir müssen gemeinsam Lösungen anbieten, und zwar als Gemeinschaft, die auch eine Wertegemeinschaft ist. Zu diesen Werten gehören Menschlichkeit und Solidarität untereinander. Und wer diese Werte mit Füßen tritt, nur um sich zu profilieren, erweist nicht nur Europa, sondern auch der kommunalen Familie einen Bärendienst. Mehr noch: Mit einem Auftritt bei diesem rechtsreaktionären Thinktank diskreditiert der Tübinger Oberbürgermeister auch berechnete Sorgen aus unseren Kommunen. Ein No-Go.“ Und weiter meint dpa: „Regierungschef Orbán fährt eine aggressive Asylpolitik, die Metallzäune an den Grenzen, die Nichtanerkennung von Asylgründen und widerrechtliche Rückschiebungen vor allem nach Serbien einschließt. Der Europäische Gerichtshof hat Ungarn deshalb mehrfach verurteilt.“

Das wirft nun wirklich deutsch-ungarische Fragen auf. Ich fange mit den Fragen an die deutsche Seite an: Wenn die Asylpolitik Ungarns so moralisch verwerflich ist, wieso gibt es dann ein Abkommen mit dem türkischen Staatschef Erdoğan, insbesondere die syrischen Flüchtlinge im Land zurückzuhalten? Was unterscheidet die Pushbacks der griechischen Marine von denen der ungarischen Grenzschrützer? Sind die spanischen Zäune von Ceuta und Melilla ethisch aus anderen Metallen als die ungarischen?

Und weitaus gewichtiger: Wieso ist in Deutschland die ungarische Haltung, den illegalen Grenzübertritt von Migranten konsequent zu unterbinden, Grund genug, das ganze Land und seine Regierung moralisch niederzubügeln? Immerhin hat das Bundesinnenministerium die jüngste Einigung der EU

auf eine gemeinsame Asylpolitik als historischen Durchbruch bezeichnet. Und der zentrale Punkt des neuen Grenzregimes ist laut Bundesinnenministerium: „Künftig soll an den EU-Außengrenzen über den Status von Menschen entschieden werden, die nur eine sehr geringe Aussicht auf Schutz in der EU haben. Diejenigen, die keinerlei Aussicht auf ein Bleiberecht in der EU haben, müssten von dort aus in ihre Heimat zurückkehren.“ Wenn man das umsetzen will, sind Zäune an kritischen Grenzabschnitten schwerlich zu beanstanden.

Auch an die ungarische Seite sind bei aller notwendigen Höflichkeit eines Gastes Fragen zu richten: Wenn doch die EU sich nach so langem Ringen der ungarischen Auffassung anschließt, dass effektive Grenzkontrollen und Grenzverfahren notwendig sind, warum reicht der ungarischen Regierung schon ein solidarischer Verteilungsmechanismus, der die Aufnahme weniger Tausend anerkannter Flüchtlinge im eigenen Land erfordern würde, um die gesamte Einigung abzulehnen? Will Ungarn wirklich ein Staat sein, der überhaupt keine Hilfe für Menschen leistet, die nach einem rechtsstaatlichen Verfahren Anspruch auf Asyl wegen politischer Verfolgung oder Krieg haben? Ist Ungarn wirklich überfordert, wenn es 3.000 Menschen im Jahr Schutz gewährt? Und ist es nicht merkwürdig, dass die deutschen Grünen und die ungarische Regierung sich darin einig sind, die erzielte Einigung in der EU als völlig unzumutbar abzulehnen?

Welchen Anteil hat die ungarische Regierung selbst daran, in weiten Teilen Westeuropas so in Misskredit geraten zu sein? Was bewirkt eine Regierung, die dagegen klagt, dass die EU Finanzhilfen für Staaten kürzen kann, die gegen Rechtsstaatsprinzipien verstoßen, und die Niederlage vor dem EuGH in einen Versuch umdeutet, Ungarn zu unterjochen und das Kinderschutzgesetz auszuhebeln? Ist dann nicht Cathrin Kahlweit zuzustimmen, wenn sie in der Süddeutschen Zeitung schreibt:

„Tatsächlich aber hat das Gesetz, mit dem ‚homosexuelle Propaganda aus ungarischen Schulen herausgehalten werden soll‘, wie die Regierung schreibt, schlichtweg nichts mit dem aktuellen EuGH-Urteil zu tun. Vielmehr versucht Fidesz, mit dem Framing, das ein einziges Thema in den Mittelpunkt einer komplexen Debatte rückt, von den eigentlichen Vorwürfen abzulenken: Der ungarischen Regierung unter Viktor Orbán werden endemische Korruption, die systematische Bereicherung der Fidesz-Klientel und der Familie des Regierungschefs sowie die Schwächung des Rechtsstaats vorgeworfen.“

Ich halte wenig davon, sich der inhaltlichen Auseinandersetzung zu verweigern. Sonst wäre ich heute nicht hier. Aber ehrlich gesagt, gab es doch einen Moment, an dem ich über eine Absage dieser Veranstaltung nachgedacht habe. Nämlich bei der Lektüre eines Artikels der Budapester Zeitung vom 24. August, in dem über einen Auftritt des US-Journalisten Tucker Carlson hier am MCC berichtet wird. Diesem Bericht zufolge hat er dabei gesagt:

„Die USA sabotieren die Energieversorgung der Deutschen, die Biden-Regierung hat die Nordstream-Pipelines gesprengt.“ Währenddessen seien die Deutschen derzeit nicht in der Lage, für ihre Interessen einzutreten. „Die USA haben im Prinzip Deutschland angegriffen, das der wichtigste Verbündete war.“ Die Deutschen würden aber eines Tages aufwachen, und dann würde die Sprengung Konsequenzen haben.

Man kann auch solche Verrücktheiten anhören. Aber Dialog heißt auch, zu widersprechen, wenn jemand Unsinn verzapft. Deutsche und internationale Ermittler haben mit akribischer Kleinarbeit herausgearbeitet, dass die Ukraine mit großer Wahrscheinlichkeit hinter der Sprengung der Pipeline steht. Das ist schon nach der alten römischen Entscheidungsfrage „Cui bono?“ sehr glaubwürdig, weil diese Einsicht dem Interesse Deutschlands, die Ukraine militärisch zu unterstützen, entgegensteht. Ich hätte mir erwartet, dass man als Einlader klar und deutlich sagt, dass Tucker Carlson hier eine absurde Verschwörungstheorie verbreitet. Indem Sie das nicht getan haben, lassen Sie zu, dass derart gefährlicher Blödsinn in ungarischen Zeitungen verbreitet wird und die Deutschen als dumme Schafe dastehen, die eines Tages aus einem Schlaf der Idioten aufwachen. Unter deutsch-ungarischer Freundschaft stelle ich mir etwas anderes vor. Wer das MCC als rechtsreaktionär verunglimpfen will, erhält da eine gute Vorlage. Ich halte nichts davon, das Gespräch an sich zu verweigern. Aber zu einer Gesprächsbasis gehört eben auch, dass man extreme Auffassungen, die objektiv gefährlich sind, wie die Behauptung, die USA hätten Deutschland angegriffen, nicht unkommentiert weiterverbreitet.

Ein ganz anderes Ungarn hat mir ein Brief Ihres Generalkonsuls in Stuttgart gezeigt. Er schrieb mir am 30. August:

„Leider mussten Sie in den letzten Jahren selber einige persönliche Erfahrungen machen, was passiert, wenn nicht nur der Dialog zu kontroversen Themen einseitig verhindert wird, sondern eine Vorverurteilung in solchen Fragen stattfindet, ohne die Positionen ausgetauscht zu haben.

Ähnlich gelagert zeigt sich aus meiner Sicht nun auch die Aufarbeitung und Kommentierung Ihrer Einladung nach Ungarn quer durch die deutsche Medienlandschaft. Dass Sie der Einladung einer Bildungsinstitution in Budapest folgen und gewillt sind, den Dialog zu Themen zu führen, die zum Teil auch sehr kontrovers sind, bedarf eigentlich keiner Erklärung, denn ich stimme Ihnen vollkommen zu, dass Diskussionen nur dann einen Sinn machen, wenn diese mehrere Standpunkte und Sichtweisen bieten. Wenn alle gleicher Meinung wären, wäre es ja keine Diskussion.

Ihre Kritiker werfen Ihnen diesmal ja gar nicht vor, was Sie sagen (denn der Besuch steht noch bevor), sondern, dass Sie überhaupt eine Einladung zur Diskussion annehmen. Diese Art von Vorverurteilung ist meiner Ansicht nach mehr als inakzeptabel und widerspricht allen Gepflogenheiten. Umso mehr schätze ich Ihre Haltung, trotz des enormen medialen Gegenwindes dennoch nach Ungarn zu reisen.“

Für mich kommt in diesen Zeilen eine Haltung zum Ausdruck, die ich mir nicht nur für die deutsch-ungarischen Beziehungen, sondern für Europa und die Demokratie insgesamt wünsche. Denn diese ist von zwei Seiten bedroht.

Auf der einen stehen diejenigen, die sich den Regeln des Rechtsstaats entziehen wollen, wenn diese ihren Interessen entgegenstehen. Der von Tucker Carlson so hochgelobte Donald Trump hat zumindest die rhetorische Verantwortung für einen in der Geschichte beispiellosen Sturm auf das Herz der amerikanischen Demokratie, der die Gefahr eines Putsches einschloss. Die Definition von Rechtspopulismus im eigentlichen Sinne lautet, die Meinung des Volkes für sich allein in Anspruch

zu nehmen und Vertretern anderer Auffassungen abzusprechen, das Volk zu vertreten. Sind die Rechtspopulisten in der Mehrheit, bedeutet das für abweichende Meinungen und Oppositionelle massive Repression bis hin zur Entfernung aus beruflichen und gesellschaftlichen Stellungen. Sind die Rechtspopulisten in der Minderheit, sprechen sie der Regierung die Legitimation ab, behaupten, die Menschen müssten sich ihr Land oder ihre Demokratie zurückholen, also letztlich demokratisch gewählte Regierungen stürzen, wenn sie nicht ihre Auffassungen teilen.

Es ist verstörend, dass es für diese im Kern demokratiefeindliche Haltung eine zunehmend stärker werdende Entsprechung auf der linken Seite des demokratischen Spektrums gibt, die dem Rechtspopulismus auch noch in die Hände spielt. Rund um die Themen von sexuellen Identitäten, Migration, ethnischer Zugehörigkeit und korrekter Sprache ist auch in Deutschland eine Bewegung auf dem Vormarsch, die sich selbst als woke begreift, was bereits impliziert, dass Menschen anderer Auffassung nicht auf derselben Bewusstseinsstufe stehen. Für diese Bewegung, die in den Medien und der Politik zumindest großzügig toleriert wird, von manchen auch stark gefördert, kann schon „ein falsches Wort“ – so ein lesenswertes Buch von René Pfister – der Grund sein, den Stab über einen Menschen zu brechen. Und auch hier sind die erwünschten und angedrohten Konsequenzen die Entfernung aus beruflichen und gesellschaftlichen Stellungen. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass dieser Vorgang der Säuberung im rechtspopulistischen Staat von oben durchgeführt wird, während die Wokeness es schafft, so viel moralischen Druck aufzubauen, dass Delinquenten entweder widerrufen oder aus Gründen der Opportunität fallen gelassen werden.

Der Brief des Generalkonsuls stellt dem eine Haltung entgegen, die in der Tradition der europäischen Aufklärung auf die Kraft der Argumente vertraut. Ich glaube, dass die zunehmenden Gegensätze zwischen Ungarn und Deutschland eine Chance sein könnten, sich mit anderen Sichtweisen zu befassen, die eigene Position zu hinterfragen und zu lernen. Dafür spricht auch eine realpolitische Betrachtung: Europa kann es sich gar nicht leisten, ein Land wie Ungarn auszugrenzen. Denn geopolitisch ist Europa überall in der Defensive.

Ich erinnere mich dabei an den großen Tübinger Theologen Hans Küng, der für ein Weltethos eingetreten ist, das auf einfachen und für jedermann nachvollziehbaren Grundregeln des Zusammenlebens beruht. Als in Europa und besonders in Deutschland im Jahr 2000 laut nach Sanktionen für Österreich gerufen wurde, weil Wolfgang Schüssel es gewagt hatte, Jörg Haider's FPÖ ins Kabinett zu holen, stellte er eine sehr bedenkenswerte Frage: Würde man das auch mit einem großen Land in Europa machen? Er berief sich dabei besonders auf seine Schweizer Herkunft und erklärte, wie sensibel kleine Staaten gegen Einmischungen übermächtiger Partner von außen sind. Mir hat das sehr eingeleuchtet. Deshalb sehe ich zunächst einmal, dass die amtierende ungarische Regierung zweifellos ein echtes demokratisches Mandat hat und Auffassungen vertritt, die in einem kleinen Volk mit besonderer Geschichte und eigener Sprache durchaus erklärbar und zu respektieren sind.

Das bedeutet ganz sicher niemals Abstriche bei der Gewaltenteilung, dem Rechtsstaatsprinzip, der Freiheit der Kunst oder Meinungsfreiheit. Ich glaube auch nicht, dass die Menschen in Ungarn das anders sehen. Sehr wohl betrifft das aber die Migrationsfrage. Ich habe diesen Vortrag vor einiger Zeit mit dem Titel „Über die grüne Grenze“ überschrieben. Grenzen und Zäune kamen ja auch schon zur Sprache. Auch das Schicksal von Menschen, die über grüne Grenzen geflohen sind. Die Grenze,

um die es mir vor allem ging, ist aber eine mentale. Nämlich die Grenze zwischen dem Denken, für das meine frühere Partei, die Grünen, steht, und der in Ungarn durch die Regierung vertretenen Denkschule.

Für das Denken der deutschen Grünen ist ethnische Vielfalt per se erstrebenswert. Und es spricht viel dafür, dass die Entwicklung der Welt über Jahrhunderte vorausgedacht diesen Weg nehmen wird. Nationalstaatliche Grenzen werden für die Herausforderungen der Menschheit zunehmend ungeeignet. Wir machen in Tübingen eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik. In den 16 Jahren meiner Amtszeit ist es uns gelungen, die Kohlendioxidemission pro Kopf um mehr als 40 Prozent zu verringern und gleichzeitig die Zahl der Arbeitsplätze um 40 Prozent zu steigern. Doch um das wirksam zu machen, müssen viele Städte und Regionen diesen Weg einschlagen. Der Klimawandel lässt sich nur global abmildern, die Versorgung von über zehn Milliarden Menschen wird 2100 nur mit globaler Partnerschaft und Solidarität gelingen.

Zugleich haben wir Menschen aber eine Herkunft und Geschichte. Für Völker, die in jüngerer Zeit wenig Migration erlebt haben, was für die Staaten des früheren Warschauer Pakts ganz besonders gilt, ist die Öffnung für Migration eine schwierige Frage, die jede Nation für sich selbst diskutieren muss. Denn es geht dabei – und das ist vermutlich die Verbindung zwischen linken und rechten identitären Bewegungen – um nichts weniger als die Frage, wer man ist und sein will. So wie ich der Meinung bin, dass man repressionsfrei seine sexuelle Identität leben darf, halte ich es auch für legitim, dass eine Gesellschaft sich auf den Standpunkt stellt, dass sie Vielfalt als Leitbild nicht verfolgen, sondern an einer historisch bedingten Gemeinschaft so lange festhalten will, wie dies möglich scheint.

Im Falle Ungarns ist das ja auch keine komplett homogene Ethnie. So sorgen beispielsweise die Donauschwaben für eine ethnische und sprachliche Vielfalt, die dem Land alles in allem sicher nicht geschadet hat. In Iklad, nur 40 Kilometer von Budapest entfernt, lud Graf Raday vor mehr als 250 Jahren Menschen aus Baden und Württemberg dazu ein, sein nach den Türkenkriegen völlig entvölkertes und brachliegendes Land wiederaufzubauen. 1753 gewährte er dort einer Gruppe von Protestanten aus Tauplitz Zuflucht, die auf Weisung Maria Theresias wegen ihres Ketzertums die Heimat verlassen mussten. Eine grausame Vertreibung, denn die Kinder wurden den Eltern weggenommen und in katholische Elternhäuser zur gottgefälligen Erziehung übergeben. Ungarn war damals das Land, das diesen armen Seelen einen Neuanfang ermöglichte. Ich freue mich sehr, dass der Tübinger Teilort Unterjesingen nach 30-jährigem Austausch den Entschluss gefasst hat, eine formelle Städtepartnerschaft mit Iklad einzugehen und ich in zwei Tagen mit einer Delegation dort einen offiziellen Besuch abstatten kann.

Ein Grenzübertritt ist immer mühsam, aber man kann dabei auch etwas gewinnen. Diesseits der grünen Grenze – aus meiner Perspektive also – würde es der Gesellschaft guttun, migrations skeptische Haltungen und die realen Probleme mit vielen Migranten ernsthaft zu diskutieren und weder zu stigmatisieren noch zu tabuisieren. Jenseits der grünen Grenze – auf der ungarischen Seite – würde ein Blick auf die reale Not von Krieg und Verfolgung und die Leistung asylfreundlicher Gesellschaften ebenso guttun wie auf die Chancen, die in einer Ordnung liegen, die die Freiheit des Individuums in jeder Hinsicht garantiert.

Ich plädiere also dafür, die grüne Grenze zu öffnen. Lassen Sie uns an die Stelle gegenseitiger Verurteilung und Abwertung einen echten und vorurteilsfreien Austausch über die Auffassungen diesseits und jenseits dieser Grenze setzen. Ich hoffe, dass ich dazu heute einen kleinen Beitrag leisten konnte und bedanke mich für die Möglichkeit, zu Ihnen zu sprechen.